

Statistik der Gesetzgebung – Überblick 17. Wahlperiode

Stand: 7.2.2011

1. Gesamtzahl der beim Bundesrat bzw. Bundestag eingebrachten Gesetzesvorhaben	275
Regierungsvorlagen	135
Gesetzesanträge von Ländern	52
davon bereits vor Beginn der laufenden Wahlperiode dem Bundesrat zugeleitet	1
Initiativen des Bundestages	88
2. Beim Bundestag eingebracht	235
Regierungsvorlagen	115
Initiativen des Bundesrates	32
Initiativen des Bundestages	88
CDU/CSU, SPD, FDP, Bündnis 90/Grüne	1
CDU/CSU, SPD, FDP	2
CDU/CSU, FDP	21
SPD	23
DIE LINKE	13
Bündnis 90/Grüne	28
3. Im Bundestag in 1. Beratung behandelt	196
4. Vom Bundestag verabschiedet	115
Regierungsvorlagen	87
Initiativen des Bundesrates	4
Initiativen des Bundestages	20
CDU/CSU, SPD, FDP, Bündnis 90/Grüne	1
CDU/CSU, SPD, FDP	0
CDU/CSU, FDP	19
SPD	0
DIE LINKE	0
Bündnis 90/Grüne	0
Abspaltungen von Gesetzentwürfen auf der Grundlage von Ausschussempfehlungen der Bundestagsausschüsse	0

Vereinigungen von Gesetzentwürfen mit unklarem Schwerpunkt der Initiative *	3
5. Im Bundesrat behandelte Gesetzesbeschlüsse	98
(2. Durchgang und Vermittlungsverfahren)	
Zustimmungsversagungen	1
Gesetze, zu denen der Bundesrat Einspruch einlegte	1
Einspruch vom Bundestag zurückgewiesen	1
6. Vermittlungsverfahren	
Gesetzesbeschlüsse des Bundestages, zu denen der Vermittlungsausschuss angerufen wurde	6
Gesamtzahl der Anrufungen des Vermittlungsausschusses	6
Anrufungen durch den Bundesrat	5
Anrufungen durch die Bundesregierung	1
Anrufungen durch den Bundestag	0
7. Verkündungen	92
als zustimmungsbedürftig verkündet	39
als nicht zustimmungsbedürftig verkündet	53
Regierungsvorlagen	68
Initiativen des Bundesrates	4
Initiativen des Bundestages	18
CDU/CSU, SPD, FDP, Bündnis 90/Grüne	1
CDU/CSU, SPD, FDP	0
CDU/CSU, FDP	17
SPD	0
DIE LINKE	0
Bündnis 90/Grüne	0
Abspaltungen von Gesetzentwürfen auf der Grundlage von Ausschussempfehlungen (Bundestag oder Vermittlungsausschuss)	0
Vereinigungen von Gesetzentwürfen mit unklarem Schwerpunkt der Initiative *	2

* Anzahl derjenigen zusammengeführten Paralleleinbringungen von Gesetzentwürfen der Bundesregierung und der Koalitionsfraktionen, bei denen unklar ist, wessen Entwurf weitergeführt worden ist.